

NOMOSPRAXIS

Zimmermann

# Das Grundsicherungsrecht in der Beratungspraxis

SGB II und SGB XII nach der Bürgergeldreform

5. Auflage



**Nomos**



Deutscher Anwaltverein  
Arbeitsgemeinschaft  
Sozialrecht

# NOMOSPRAXIS

**Ludwig Zimmermann**

Rechtsanwalt, Fachanwalt für Sozialrecht und  
Fachanwalt für Arbeitsrecht, Potsdam

## **Das Grundsicherungsrecht in der Beratungspraxis**

SGB II und SGB XII nach der Bürgergeldreform

5. Auflage



**Nomos**



Deutscher Anwaltverein  
Arbeitsgemeinschaft  
Sozialrecht

**Zitervorschlag:** Zimmermann Hartz-IV-Mandat § ... Rn. ...

**Die Deutsche Nationalbibliothek** verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-7560-0068-5 (Print)

ISBN 978-3-7489-1482-2 (ePDF)

5. Auflage 2023

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2023. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

---

## Vorwort zur fünften Auflage

Das Bürgergeldgesetz (Zwölftes Gesetz zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze – Einführung eines Bürgergeldes BGBI. I 16.12.2022) hat umfangreiche Änderungen des SGB II und anderer Gesetze mit sich gebracht. Das Arbeitslosengeld II und das Sozialgeld werden ab dem 1. Januar 2023 nunmehr Bürgergeld genannt.

Die Umbenennung ist nicht nur schlichte Kosmetik, sondern wird der Kernaufgabe des SGB II besser gerecht als die Bezeichnung als Arbeitslosengeld II. Denn anders als bei Einführung des SGB II am 1. Januar 2005 ist die Arbeitslosigkeit stark gesunken, und zwar von 4,8 Millionen auf 2,6 Millionen im Jahr 2023. Gleichzeitig ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von 26 Millionen auf knapp 35 Millionen gestiegen. Von den 5,5 Millionen Beziehern der Leistungen nach dem SGB II sind 1,7 Millionen arbeitslos und 3,8 Millionen erwerbsfähig. Von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind in erster Linie Personen ohne Berufsabschluss.

Vor diesem Hintergrund hat der Gesetzgeber mit der Bürgergeldreform einen Paradigmenwechsel vorgenommen und den Grundsatz der Vermittlung in Arbeit gegenüber der langfristigen Eingliederung in Arbeit hintangestellt. Die fachliche Qualifizierung wird für arbeitslose Leistungsberechtigte ab dem 1. Juli 2023 mit dem Bürgergeldbonus und dem Weiterbildungsgeld und der Weiterbildungsprämie finanzielle Anreize geschaffen, eine Ausbildung aufzunehmen und abzuschließen.

Die Sanktionen, nach denen der Anspruch auf Leistungen vollständig eingestellt werden konnten wurden nachhaltig entschärft, nunmehr als Leistungsminderungen bezeichnet und auf 30% des Regelbedarfes beschränkt.

Der Regelbedarf wurde für alleinstehende Leistungsberechtigte von 449 auf 502 EUR, die Freibeträge für Hinzuverdienste im Bereich von 520 bis 1.000 EUR moderat von 20% auf 30% erhöht. Die Anrechnung von einmaligen Einnahmen wurde wesentlich vereinfacht, so dass die Rechtsprechung des Bundessozialgerichtes zu modifizierten Zuflusstheorie weitestgehend leerläuft.

Umfangreiche Änderung wurden auch hinsichtlich der Anrechnung von Vermögen vorgenommen. Es wurde hinsichtlich der Anrechnung eine Karenzzeit von einem Jahr eingeführt, in der nur erhebliches Vermögen berücksichtigt wird. Nach Ablauf der Karenzzeit betragen die Vermögensfreibeträge nunmehr für jedes Mitglied der Bedarfsgemeinschaft 15.000 EUR. Das selbstgenutzte Eigenheim oder die selbstgenutzte Eigentumswohnung sind nunmehr bis zu einer Wohnfläche von 140 bzw. 130 qm geschützt. Der Gesetzgeber hat hier eine leicht zu handhabende Grenze der Angemessenheit eingeführt, die sich an den realen Verhältnissen orientiert.

Diese Änderungen sind Anlass für die 5. Auflage des Handbuchs. Die Neuauflage berücksichtigt dabei nicht nur sämtliche Einzelheiten der Reform und passt ua alle Berechnungsbeispiele an; sie wendet sich nun auch zusätzlich, neben der Anwaltschaft, explizit und erweitert an Verwaltungen und Beratungsstellen. Hierfür sind insbesondere die §§ 2 bis 7 des Werkes gedacht, die die notwendigen Grundlagen des Ver-

## Vorwort zur fünften Auflage

---

ständnisses der Ansprüche nach dem Bürgergeldgesetz vermitteln und auf einzelne Besonderheiten und Schwierigkeiten hinweisen. Aber auch die Grundlagen des Verwaltungsverfahrens im Grundsicherungsrecht und das gerichtliche Verfahren sind für nichtanwaltliche Berater zunehmend von Bedeutung, denn es ist davon auszugehen, dass die Anwaltschaft, aufgrund ihrer Verjüngung, nicht mehr im gleichen Umfang wie bisher Bürger vor den Sozialgerichten vertreten wird. Beibehalten sind die speziellen Hinweise zum Gebührenrecht in § 7, die sich in erster Linie an die Anwaltschaft richten. Damit bleibt das Handbuch (in der 4. Auflage: „Das Hartz-IV-Mandat“) nach wie vor das Beratungshandbuch für die Anwaltschaft, erweitert aber seinen Nutzerkreis.

Meine Mitarbeiterin Frau Vera Munz hat mir während der Arbeit an der Neuauflage im Büro den „Rücken freigehalten“ und Frau Andrea Schneider vom Nomos Verlag hat mit großem Einsatz wesentlich zum Gelingen der vorliegenden Auflage beigetragen. Hierfür spreche ich meinen allerherzlichsten Dank aus. Ich danke ausdrücklich auch der Arbeitsgemeinschaft Sozialrecht des DAV für die gute Zusammenarbeit.

Potsdam, im Januar 2023

*Ludwig Zimmermann*

## Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur fünften Auflage .....	5
<b>§ 1 Grundlagen und Verwaltungsverfahren .....</b>	<b>17</b>
I. Allgemeine Grundsätze des SGB II .....	17
1. Leistungsarten .....	17
2. Hilfebedürftigkeit .....	17
3. Grundsatz des Forderns – Obliegenheiten .....	17
4. Grundsatz des Förderns – Änderungen durch das Bürgergeldgesetz ..	18
5. Grundsatz des Förderns – Eingliederungsleistungen .....	19
II. Besondere Leistungsgrundsätze .....	24
1. Subsidiarität .....	24
2. Fehlen bereiter Mittel .....	25
3. Beschleunigungsgebot .....	26
4. Antragsrecht des Leistungsträgers .....	26
5. Verhältnis zu anderen Leistungen .....	27
6. Zuständigkeitsstreit zwischen dem Träger der Sozialhilfe und dem Leistungsträger nach dem SGB II .....	27
7. Besondere Art der Leistungsgewährung .....	28
a) Vorläufige Leistungen nach § 43 SGB I .....	28
b) Vorschüsse nach § 42 Abs. 1 S. 1 SGB I .....	28
c) Vorläufige Entscheidung nach § 41 a (alt § 328 SGB III) .....	28
d) Vorwegzahlung .....	28
III. Verwaltungsverfahren .....	28
1. Antragsverfahren .....	28
2. Beratungs- und Hinweispflichten – Der sozialrechtliche Herstel- lungsanspruch .....	31
3. Beteiligungsfähigkeit der Leistungsträger .....	33
4. Rücknahme eines rechtswidrigen nicht begünstigenden Verwaltungs- aktes .....	33
5. Widerspruchsverfahren .....	35
a) Ablauf des Widerspruchsverfahrens .....	35
b) Recht zur Akteneinsicht im Widerspruchsverfahren .....	37
c) Anspruch auf Kostenerstattung im Widerspruchsverfahren .....	38
aa) Umfang der Kostenerstattung durch die Behörde .....	40
bb) Kostenfestsetzungsentscheidung nach Widerspruchsverfahren	41
6. Gebührenberechnung von Betragsrahmengebühren .....	42
a) Gebühren Nr. 2302 Nr. 1 VV .....	43
b) Erhöhungsgebühr Nr. 1008 VV .....	45
c) „Anrechnung“ von Gebühren in sozialrechtlichen Angelegen- heiten .....	46
d) Einigungs- und Erledigungsgebühren nach Nr. 1005, 1006 VV ...	48

Inhaltsverzeichnis

---

IV. Beratungshilfe .....	49
1. Voraussetzungen für Beratungshilfe .....	49
a) Bedürftigkeit .....	49
b) Bedarf für Beratung und Vertretung .....	51
2. Örtliche Zuständigkeit bei der Beratungshilfe .....	52
3. Spezielle Probleme bei der Gewährung von Beratungshilfe .....	53
a) Mehrere Angelegenheiten .....	53
b) Vertretung einer Bedarfsgemeinschaft .....	53
c) Unmittelbarer Zugang zum Rechtsanwalt .....	54
4. Rechtsbehelfe gegen die Ablehnung der Beratungshilfe .....	54
5. Vergütungsfestsetzung in der Beratungshilfe .....	55
a) Gebühr für eine Beratung Nr. 2500, 2501 VV .....	55
b) Geschäftsgebühr Nr. 2503 VV, Erhöhungsgebühr Nr. 1008 VV ...	55
c) Erledigungsgebühr nach Nr. 2508 VV .....	56
6. Zusammentreffen von Ansprüchen auf Kostenerstattung und Beratungshilfe .....	56
a) Kostenerstattungsanspruch geht auf Rechtsanwalt über .....	56
b) Anrechnung der Beratungshilfegebühren auf das nachfolgende Klageverfahren .....	58
§ 2 Leistungsberechtigte .....	59
I. Allgemeine Leistungsvoraussetzungen .....	59
1. Altersgrenzen .....	59
2. Erwerbsfähigkeit .....	59
3. Abgrenzung zur Grundsicherung im Alter und bei voller Erwerbsminderung .....	60
4. Abgrenzung zur Sozialhilfe .....	60
5. Feststellung der Erwerbsfähigkeit .....	61
6. Hilfebedürftigkeit .....	62
a) Hilfebedürftigkeit nach dem SGB II .....	62
b) Hilfebedürftigkeit nach dem SGB XII und dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) .....	62
c) Ansprüche auf Grundleistungen nach dem AsylbLG .....	63
7. Gewöhnlicher Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland .....	63
8. Ausschluss von bestimmten Ausländern .....	63
a) EU- und Nicht-EU-Ausländer .....	63
b) Soziale Rechte anerkannter Flüchtlinge, Asylbewerber usw. ....	66
9. Bedarfsgemeinschaft .....	67
a) Haushaltsgemeinschaft, Leben in einem gemeinsamen Haushalt .....	67
b) Nichteheleliche Lebensgemeinschaft .....	73
c) Im Haushalt lebende Eltern und Partner unverheirateter erwerbsfähiger Kinder .....	75

---

d) Ehegatten und Lebenspartner .....	75
e) Kinder in der Bedarfsgemeinschaft .....	76
10. Kinder in der Haushaltsgemeinschaft .....	78
11. Besonderheiten bei einem Anspruch auf Schulbedarf ohne Bedarfsgemeinschaft .....	79
II. Ausschluss von Leistungen .....	81
1. Stationär untergebrachte Personen .....	81
2. Unterbringung wegen Freiheitsentziehung aufgrund richterlicher Anordnung .....	81
3. Bezieher von Rente wegen Alters .....	81
a) Bezieher von vorgezogener Altersrente .....	82
b) Bezieher von Altersrente in Bedarfsgemeinschaft mit Leistungsberechtigten .....	83
4. Empfänger von Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz und Teilnehmer einer nach dem SGB III geförderten Maßnahme der beruflichen Bildung .....	84
a) Leistungsausschluss .....	84
b) Ausnahmen vom Leistungsausschluss .....	86
aa) Besondere Bedarfe sind nicht ausgeschlossen .....	86
bb) Sozialgeldanspruch von Angehörigen der Auszubildenden ....	86
cc) Leistungen nach dem BAföG und Ansprüche nach dem SGB II .....	88
dd) Besondere Härtefälle nach § 7 Abs. 5, § 27 Abs. 3 .....	88
<b>§ 3 Leistungen nach dem SGB II .....</b>	<b>90</b>
I. Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes .....	90
1. Bürgergeld und Bürgergeld für nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte .....	90
2. Versicherungspflicht in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung bei Bürgergeld-Bezug .....	90
a) Krankenversicherungspflicht der Bürgergeld-Bezieher .....	91
b) Allgemeine Krankenversicherungspflicht .....	92
c) Rentenversicherungspflicht der Bürgergeld-Bezieher .....	93
d) Übernahme der Beiträge zur Sozialversicherung .....	93
e) Beitragszuschuss zu den Kosten einer privaten Krankenversicherung oder zur freiwilligen Mitgliedschaft in einer gesetzlichen Krankenkasse .....	95
f) Beitragszuschuss zu den Kosten einer privaten Krankenversicherung oder zur freiwilligen Mitgliedschaft in einer gesetzlichen Krankenkasse / Übernahme der Kosten durch den Träger der Sozialhilfe .....	96
g) Folgen fehlender Anrechnungszeiten/fehlenden Versicherungsschutzes in der gesetzlichen Rentenversicherung .....	98

## Inhaltsverzeichnis

---

h)	Exkurs: Der Zuschuss zur freiwilligen gesetzlichen und privaten Kranken- und Pflegeversicherung für Nichtleistungsbezieher .....	99
3.	Regelbedarfe zur Sicherung des Lebensunterhaltes .....	99
a)	Ermittlung der Regelbedarfe nach dem Regelbedarfsermittlungsgesetz (RBEG) .....	99
b)	Verfassungsmäßigkeit der Regelbedarfe nach dem Regelbedarfsermittlungsgesetz .....	101
c)	Beurteilungsspielraum des Gesetzgebers .....	101
aa)	Transparenzgebot .....	101
bb)	Rechtfertigung von Kürzungen, Ausgleichsmöglichkeit .....	102
d)	Verfassungsmäßigkeit der Anpassungsformel .....	103
e)	Ungleichbehandlung verschiedener Personengruppen .....	104
f)	Fragen der Gleichbehandlung .....	105
g)	Verfassungsrechtliche Entwicklung .....	106
4.	Leistungen für Mehrbedarfe .....	106
a)	Leistungen bei Schwangerschaft .....	107
b)	Leistungen für Alleinerziehende .....	107
c)	Mehrbedarf für behinderte Menschen, die Leistungen zur Teilhabe erhalten .....	108
d)	Mehrbedarf bei kostenaufwendiger Ernährung .....	109
e)	Mehrbedarf nicht erwerbsfähiger Personen (Nachteilsausgleich für Gehbehinderte) .....	112
f)	Mehrbedarf bei dezentraler Warmwasserversorgung .....	112
5.	Sonder- und unabweisbare Bedarfe .....	113
a)	Sonderbedarf gegen den kommunalen Träger .....	113
b)	Unabweisbarer Bedarf, einmaliger Sonderbedarf .....	115
c)	Atypische Bedarfe .....	117
d)	Darlehensgewährung bei Mittellosigkeit .....	121
e)	Anspruch auf Bildung und Teilhabe .....	122
aa)	Schulausflüge, mehrtägige Klassenfahrten .....	122
bb)	Ausstattung mit Schulbedarf .....	123
cc)	Lernförderung, Nachhilfeunterricht .....	123
dd)	Anspruch auf Erstattung der Mehraufwendungen für Schulverpflegung .....	125
ee)	Anspruch auf Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres .....	125
6.	Leistungen für Unterkunft und Heizung .....	125
a)	Ermittlung der Angemessenheit der Kosten der Unterkunft .....	127
b)	Angemessene Heizkosten .....	135
c)	Weiterzahlung der unangemessenen Kosten für Unterkunft und Heizung .....	137
d)	Kostensenkungsobliegenheit, Kostensenkungsaufforderung .....	137
aa)	Bedeutung der Kostensenkungsbemühungen .....	139

bb) Unzumutbarkeit der Kostensenkung .....	140
e) Ausgleichsanspruch – Mehrbedarf bei dezentraler Warmwasserversorgung .....	140
f) Nachzahlungen und Nachforderungen von Mietnebenkosten .....	141
g) Kosten der Unterkunft bei Eigentumswohnungen und Eigenheimen .....	142
h) Aufteilung der Unterkunftskosten .....	143
i) Leistungen bei Umzug .....	144
j) Übernahme von Mietschulden .....	148
k) Regelung der angemessenen Kosten der Unterkunft und Heizung durch Satzung, Bedeutung der Satzungsregelungen .....	150
7. Leistungserbringung als Darlehen .....	153
II. Leistung zur Eingliederung in Arbeit/Änderung durch Bürgergeldgesetz ..	155
1. Persönlicher Ansprechpartner .....	155
2. Kooperationsplan .....	156
3. Leistungen zur Eingliederung im Einzelnen .....	158
4. Arbeitsgelegenheit mit Mehraufwandsentschädigung/„Ein-Euro-Job“ .....	158
5. Finanzielle Anreize für Aus- und Weiterbildung .....	163
<b>§ 4 Anrechnung von Einkommen und Vermögen .....</b>	<b>164</b>
I. Anrechnung von Einkommen .....	164
1. Unterschied Einkommen – Vermögen .....	164
2. Laufende und einmalige Einnahmen .....	165
II. Ausnahmen von der Anrechnung .....	167
1. Einnahmen nach dem SGB II .....	167
2. Grundrenten und Entschädigungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz .....	168
3. Betreuerpauschale, Übungsleiterpauschale usw. ....	169
4. Mutterschaftsgeld .....	169
5. Erbschaften (§ 11 a Abs. 1 Nr. 7) .....	170
6. Schmerzensgeld .....	170
7. Zweckbestimmte Einnahmen aufgrund öffentlich-rechtlicher Vorschriften .....	170
8. Ausnahmen bei zweckbestimmten öffentlich-rechtlichen Vorschriften .....	170
9. Überbrückungsgeld für Haftentlassene .....	171
10. Zuwendungen der freien Wohlfahrtspflege, Zuwendungen Dritter ohne rechtliche und sittliche Pflicht .....	171
11. Ferienjobs der Schüler .....	172
12. Nicht zu berücksichtigende Einnahmen nach § 1 Bürgergeldverordnung .....	172
13. Elterngeld .....	173

III. Anrechnung von Einkommen .....	174
1. Steuern auf das Einkommen .....	174
2. Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung .....	174
3. Beiträge zu privaten Versicherungen .....	176
a) Gesetzlich vorgeschriebene Versicherungen .....	176
b) Beiträge zu Versicherungen, die nach Grund und Höhe angemessen sind .....	176
c) Geförderte Altersvorsorgebeiträge „Beiträge zur Riesterreente“ .....	179
d) Abzug von Werbungskosten und Betriebskosten .....	180
e) Freibetrag bei Erwerbstätigkeit: Pauschbetrag iHv 100 EUR .....	182
aa) Grundfreibetrag .....	182
bb) Freibeträge für Erwerbstätige .....	183
f) Abzug von laufenden Unterhaltszahlungen .....	187
g) Freibeträge für Empfänger von BAföG oder Berufsausbildungsförderung-Leistungen .....	188
h) Freibeträge für Empfänger von BAföG, Berufsausbildungsförderung-Leistungen und Bundesfreiwilligendienste und Schüler .....	188
4. Einkommen aus selbstständiger Arbeit – Einmalige Einnahmen .....	188
IV. Kinderzuschlag und Wohngeld .....	195
1. Kinderzuschlag .....	195
2. Anspruch auf Wohngeld .....	197
V. Anrechnung von Vermögen .....	198
1. Unverwertbare Vermögensgegenstände .....	198
2. Vertragliche Verwertungshindernisse .....	198
3. Gesetzliche begünstigte Verwertungshindernisse .....	198
a) „Rürup“ – Basisrente .....	198
b) Versicherung zur Alterssicherung .....	199
c) Tatsächliche Verwertungshindernisse .....	199
4. Abzusetzendes Vermögen .....	200
a) Grundfreibetrag .....	200
b) Karenzzeit für die Vermögensanrechnung .....	200
c) Verwertungsausschluss bei verschiedenen Vermögenswerten .....	201
d) Gefördertes Altersvorsorgevermögen .....	202
e) Besondere Altersvorsorge Basisrente .....	202
f) Zur Altersvorsorge bestimmtes Vermögen .....	204
5. Nicht zu berücksichtigendes Vermögen .....	205
a) Angemessener Hausrat .....	205
b) Angemessenes Kraftfahrzeug .....	205
c) Selbst genutztes Hausgrundstück .....	205
d) Vermögen zur Beschaffung oder Erhaltung von Wohnraum für behinderte oder pflegebedürftige Menschen .....	206
e) Allgemeine Härteregelung .....	206
6. Umschichtung von Vermögenswerten .....	208

<b>§ 5 Folgen von Fehlverhalten</b> .....	213
I. Gemeinsame Voraussetzungen von Leistungsminderungen .....	213
1. Anforderungen an eine Rechtsfolgenbelehrung .....	213
2. Leistungsminderungen ohne Rechtsfolgenbelehrung .....	217
3. Zeitlicher Zusammenhang zwischen Verstoß und Leistungsminderung .....	217
4. Subjektiv zurechenbarer Pflichtverstoß .....	217
5. Verhältnis von Leistungsminderung und Schadenersatz sowie Minderung wegen Meldeversäumnissen .....	218
6. Keine Leistungsminderung bei wichtigem Grund für das Fehlverhalten .....	220
II. Einzelne Minderungstatbestände .....	221
1. Nichterfüllung der Pflichten in der Kooperationsvereinbarung .....	221
2. Ablehnung einer zumutbaren Arbeit, Ausbildung oder ein gefördertes Arbeitsverhältnis .....	222
3. Ablehnung einer zumutbaren Eingliederung in Arbeit, Arbeitsgelegenheit mit Mehraufwandsentschädigung .....	223
4. Nichtantritt und Abbruch von Eingliederungsmaßnahmen .....	224
5. Leistungsminderung bei „Quasi-Sperrzeit“ .....	224
6. Leistungsminderung bei Sperrzeit .....	225
7. Leistungsminderung bei Vermögensminderung und unwirtschaftlichem Verhalten .....	225
8. Leistungsminderung bei Meldeversäumnis .....	226
<b>§ 6 Rückforderung und Inanspruchnahme Dritter</b> .....	230
I. Rückforderung von Leistungen, Bagatellgrenze unter 50 EUR .....	230
1. Aufhebung von Verwaltungsakten .....	230
a) Rücknahme von rechtswidrigen begünstigenden Verwaltungsakten nach § 45 SGB X .....	231
b) Rücknahme von Verwaltungsakten nach § 44 SGB X .....	237
c) Aufhebung von Verwaltungsakten nach § 48 SGB X .....	237
d) Rückforderung bei vorläufiger Entscheidung nach § 41 a Abs. 6 S. 3 SGB II .....	239
2. Erstattung von zu Unrecht erbrachten Leistungen .....	239
3. Besonderheiten bei Rückforderung von Leistungen nach dem SGB II .....	240
a) Rückforderung von Leistungen für den Schul- und Teilhabebedarf (§ 28 SGB II) .....	240
b) Aufrechnung bei Unredlichkeit .....	240
4. Umdeutung eines fehlerhaften Bescheides nach §§ 45, 48 SGB X .....	242
5. Verhältnis der Rückforderung zu Erstattungsansprüchen der Leistungsträger .....	242
a) Erstattungsanspruch bei vorläufigen Sozialleistungen .....	242

b) Erstattungsanspruch bei nachträglichem Wegfall und Ruhen eines anderen Sozialleistungsanspruchs .....	243
c) Erstattungsanspruch des nachrangigen Leistungsträgers .....	244
d) Verhältnis der Erstattungsansprüche zur Rücknahme und Aufhebung von Verwaltungsakten .....	245
II. Ansprüche gegen Dritte und Rechtsnachfolger .....	246
1. Übergang von Ansprüchen des Leistungsberechtigten .....	246
a) Allgemeine Regelungen .....	246
b) Besondere Regelungen für Unterhaltsansprüche .....	248
c) Geltendmachung des Anspruchs durch den Leistungsträger .....	249
2. Einzelne Ansprüche .....	251
3. Schadenersatzansprüche gegen den Leistungsberechtigten und Dritte .....	252
<b>§ 7 Verfahren vor den Sozialgerichten .....</b>	<b>254</b>
I. Verfahren im ersten Rechtszug vor dem Sozialgericht .....	254
1. Rechtsweg .....	254
2. Örtliche Zuständigkeit .....	254
3. Klagearten .....	254
a) Anfechtungsklage .....	254
b) Kombinierte Anfechtungs- und Leistungsklage .....	255
c) Anfechtungs- und Verpflichtungsklage .....	255
d) Untätigkeitsklage .....	256
4. Beschränkung der Überprüfung des Bescheides durch den Klageantrag .....	257
5. Klage einer Bedarfsgemeinschaft – Klagehäufung .....	257
6. Klage betrifft nur den angefochtenen Bewilligungszeitraum .....	258
7. Anforderungen an eine wirksame Klageschrift .....	260
8. Zurückweisung verspäteten Vorbringens .....	261
a) Korrektur der Klageschrift .....	261
b) Fristbestimmung durch den Vorsitzenden .....	262
9. Klagerücknahmefiktion .....	264
10. Verfahrensgang, Verfahrensbeendigung .....	266
a) Amtsermittlung .....	266
b) Grundsatz der mündlichen Verhandlung .....	266
c) Beendigung des Verfahrens .....	266
aa) Klagerücknahme .....	266
bb) Anerkenntnis .....	267
cc) Angenommenes Anerkenntnis .....	268
dd) Teilanerkenntnis .....	268
ee) Urteil – Gerichtsbescheid .....	269
ff) Beendigung des Verfahrens durch Urteil .....	270
gg) Inhalt des Urteils .....	271

---

II. Kosten des Klageverfahrens .....	272
1. Kostenerstattungsansprüche der Kläger gegen Beklagte und Beigeladene (Kostengrundentscheidung) .....	272
a) Kostenerstattungsansprüche gegen Beigeladene nach § 193 SGG .....	272
b) Kostenerstattungsansprüche gegen den Beklagten .....	272
2. Kostenfestsetzung durch Urkundsbeamten (Entscheidung über die Höhe und den Anfall von Gebühren) .....	274
a) Erinnerung gegen Entscheidungen des Kostenbeamten .....	274
b) Anhörungsrüge .....	274
c) Verfassungsbeschwerde .....	274
III. Rechtsanwaltsvergütung im sozialgerichtlichen Verfahren .....	275
1. Verfahrensgebühr nach Nr. 3102 VV .....	276
2. Terminsgebühr Nr. 3106 VV .....	280
IV. Prozesskostenhilfe .....	283
1. Erfolgsaussichten .....	283
2. Beiordnung eines Rechtsanwalts notwendig .....	284
3. Bagatellrechtsprechung .....	284
4. Entscheidungsreife des Prozesskostenhilfesuchs .....	284
5. Teilweise Bewilligung von Prozesskostenhilfe .....	286
6. Zeitpunkt der Bewilligung der Prozesskostenhilfe .....	286
7. Verspätete Bewilligung der Prozesskostenhilfe .....	288
8. Wirkung der Bewilligung von Prozesskostenhilfe und Beiordnung ...	288
9. Anspruch auf Erstattung von Kosten verdrängt Anspruch auf Prozesskostenhilfe .....	289
10. Rechtsbehelfe gegen ablehnenden Prozesskostenhilfebeschluss .....	289
11. Rechtsbehelf gegen Entscheidungen des Gerichts im Verfahren auf Festsetzung der Gebühren gegen die Staatskasse .....	290
12. Gebühren im Prozesskostenhilfeantragsverfahren .....	291
V. Vorläufiger Rechtsschutz vor den Sozialgerichten .....	292
1. Einstweiliger Rechtsschutz in Anfechtungssachen .....	292
a) Herstellung der aufschiebenden Wirkung durch den Leistungsträger .....	292
b) Einstweilige Anordnung in Anfechtungssachen .....	293
c) Verfahrens- und Gebührenhinweis .....	294
2. Einstweiliger Rechtsschutz in Vornahmesachen .....	295
a) Anordnungsanspruch .....	295
b) Anordnungsgrund – Eilbedürftigkeit – Abwendung wesentlicher Nachteile .....	296
c) Verpflichtung zur Leistung mit Abschlägen möglich .....	298
d) Einstweiliger Rechtsschutz und Rechtskraft .....	299
3. Rechtsbehelf gegen die Versagung des einstweiligen Rechtsschutzes .....	300

## Inhaltsverzeichnis

---

4. Verhältnis Beschwerdeverfahren und Antragsverfahren beim einstweiligen Rechtsschutz .....	300
5. Dauer der Leistungsgewährung .....	301
6. Antragstellung im einstweiligen Rechtsschutzverfahren (Vornahmesache) .....	302
7. Prozesskostenhilfe im einstweiligen Rechtsschutzverfahren .....	302
8. Gebühren im einstweiligen Rechtsschutzverfahren .....	303
9. Mündliche Verhandlung im einstweiligen Rechtsschutzverfahren .....	306
VI. Berufungsverfahren .....	307
1. Zulassung der Berufung .....	308
a) Grundsätzliche Bedeutung .....	308
b) Divergenz .....	309
c) Verfahrensmangel .....	309
2. Nichtzulassungsbeschwerde vor dem Landessozialgericht .....	309
VII. Revision und Sprungrevision .....	311
VIII. Kontrolle von Satzungen über die angemessene Höhe der Kosten der Unterkunft und Heizung .....	312
Anhang .....	315
I. Muster: Isolierter Antrag auf Prozesskostenhilfe .....	315
II. Muster: Beschwerde gegen die Ablehnung der Prozesskostenhilfe durch das Sozialgericht .....	317
III. Einstweilige Anordnung, Regelungsanordnung nach § 86 b Abs. 2 S. 2 SGG .....	318
IV. Beschwerde gegen ablehnenden Beschluss über den Antrag auf einstweiligen Rechtsschutz .....	322
V. Anfechtungsklage gegen Versagungsbescheid .....	324
VI. Anfechtungs- und Leistungsklage .....	326
VII. Nichtzulassungsbeschwerde vor dem Landessozialgericht „Grundsätzliche Bedeutung“ .....	327
VIII. Atypischer Bedarf, Widerspruch gegen einen ablehnenden Bescheid .....	329
Stichwortverzeichnis .....	333